



www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern,
Mai, Nr. 2-2026

#bernstark



**Einzahlungsschein
beiliegend – herzlichen
Dank für Ihre
Unterstützung!**

AZB, 3013 Bern, Opfingenstr. 1, Post CH AG

Wahlsieg umsetzen!

Mit der bürgerlichen Mehrheit im Regierungsrat und den zusätzlichen 7 SVP-Sitzen im Grossen Rat ist es nicht getan. Die bürgerliche Zusammenarbeit muss auch inhaltliche Früchte tragen.



2006 verloren die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Regierungsrat an die Linken. An der darauffolgenden Delegiertenversammlung kommentierte der damalige Präsident Herrmann Weyeneth sinngemäss, dass offenbar alle 20 Jahre eine bürgerliche Partei einen «Bock» schieesse. 1986 hatte nämlich die FDP den Alleingang entschieden und verlor ihre zwei Sitze, und 2006 hatte unsere SVP mit vier Kandidaturen ebenfalls einen strategischen Fehler begangen. Aus Fehlern wurde gelernt, und seither hat die bürgerliche Zusammenarbeit auf Regierungsebene funktioniert. Die 2016 zurückeroberte Mehrheit konnte stets und solide verteidigt werden. Natürlich bedauern wir, dass unser Daniel Bichsel die Wahl knapp nicht geschafft hat, und danken ihm von Herzen für sein vorbildliches Engagement, aber das Gesamtergebnis der 5 bürgerlichen Kandidaturen zeigt, dass die Strategie richtig war. Mit einer vernünftigen Dosis Ambition ist der Wahlkampf aufgemischt worden und eine positive Dynamik ist entstanden.

Dies hat sich insbesondere auf Grossratsebene ausbezahlt. Mit 51 Sitzen ist die SVP so stark wie nie! Die FDP konnte sich gut halten und die minimalen Verluste der Mitte sind von einer soliden Progression der EDU kompensiert. Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat ist nun markant stärker.

Mais remporter les élections ne suffit pas. Il s'agit désormais de traduire cette victoire en décisions politiques afin que notre canton aille de l'avant! Wir brauchen bessere Verkehrsverbindungen (Strassen im Oberaargau und Emmental), tiefere Steuern und leistungsfähige Schulen. So kann man die Wirtschaftsleistung verbessern und die Abhängigkeit vom nationalen Finanzausgleich reduzieren. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit allen bürgerlichen Parteien wichtig, damit die Mehrheiten sich in konkreten Entscheiden ausdrücken!

Manfred Bühler, Nationalrat und Parteipräsident, Cortébert

STAND



Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

«Jitz heschs e chli ruhiger, gäu?» werde ich in diesen Tagen gefragt. Nicht wirklich, nach den Wahlen und der BEA geht es schon weiter, denn nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Und die Reaktionen an der BEA haben es gezeigt: Die Menschen sind froh, dass es die SVP gibt, die etwas tut gegen immer mehr Zuwanderung, immer mehr mafïöse Subkultur, immer mehr Gewalt, immer mehr Unsicherheit.

«Damit die Schweiz Schweiz bleibt» war der Slogan der Wahlen, und wenn wir da nicht den Finger draufhalten, ist der viel zitierte Kippunkt erreicht, nicht beim Klima, sondern bei den Werten, die dieses Land zu dem gemacht haben, was es ist: ein Sehnsuchtsort für viele!

Und deshalb sind wir auch jetzt schon wieder dran, mit dem Abstimmungskampf für den 14. Juni und mit den Vorbereitungen für die Wahlen 2027, damit die Schweiz eben Schweiz bleibt. Helfen Sie mit?

Aliko Panayides
Geschäftsführerin/
Vize-Gemeindepräsidentin

Herzlichen Dank, Christoph Neuhaus
Un grand merci, Christoph Neuhaus

6+7

Die Abstimmungsvorlagen
Les projets soumis au vote

8-12

Die SVP an der BEA
L'UDC à la BEA

14+15

Erste Analysen kantonale Wahlen

Die SVP darf mit den kantonalen Wahlen zufrieden sein. Die Partei schliesst mit einem Rekordergebnis ab und verpasste das Ziel des dritten Regierungsratssitzes nur knapp. In allen Wahlkreisen trat die SVP mit guten Listen an und die Mobilisierung konnte verbessert werden.

Erste Analysen zu den kantonalen Wahlen liegen vor. Die Grossratswahlen verliefen erfreulich, der Wähleranteil konnte ausser in der Stadt Bern überall gesteigert werden und die Erwartungen betreffend Sitzgewinne wurden weit übertroffen, sodass die SVP erstmals seit der Ratsverkleinerung mehr als 50 Sitze erreichen konnte. Weniger Sitze als 2022 wurden mit Restmandaten erreicht, die Mandate sind somit besser abgesichert. Die Mehrheit im Grossen Rat ist nun theoretisch weniger knapp als in der vergangenen Legislatur, eine funktionierende bürgerliche Zusammenarbeit ist aber zentral. Auch in den Hochburgen Oberland, Oberraargau und Emmental konnte die SVP zulegen. Zudem konnte der Frauenanteil gesteigert werden.

Leider wurde der 3. Regierungsratssitz relativ knapp nicht erreicht. Die Strategie war aber dennoch richtig, denn anders als im Vorfeld befürchtet teilten sich die bürgerlichen Stimmen nicht auf. Im Oberland lag Pierre Alain Schnegg aufgrund der Spitalstandortsdiskussion leicht zurück, der Effekt war aber geringer als befürchtet. Die hohe Wahlbeteiligung in der Stadt und Region Bern hatte allerdings grosse Auswirkungen auf die Regierungswahlen und der urbane Raum rund um Bern wird ein immer härteres Pflaster für die SVP.

Die Tatsache, dass sogar Hervé Gullotti in der Stadt Bern 17'000 Stimmen mehr erreichte als Pierre Alain Schnegg zeigt, dass selbst ein Vorsprung von 20'000 Stimmen

in anderen Verwaltungskreisen kaum mehr ausreicht, um das Gewicht der Stadt Bern aufzuholen. Die Bürgerlichen müssen also in der Stadt Bern mehr mobilisieren und in den anderen Wahlkreisen muss die Wahlbeteiligung mittels Mobilisierung gesteigert werden.

Nun gilt es die Lehren für die nationalen Wahlen von 2027 zu ziehen. Die Vorbereitungsarbeiten sind gestartet. Der Parteivorstand hat an der Sitzung vom 21. April 2026 Grossrat und Vize-Fraktionspräsident Mathias Müller als kantonalen Wahlleiter bestimmt. Kernaufgabe wird es sein, die Mobilisierung noch weiter zu verbessern und der Linken in der Agglo rund um Bern mit gezielten Aktivitäten die Stirn zu bieten.

Kurzfasit:

- Wahlziel Grosser Rat: Sitze zugelegt (+7)
→ Mit historischem Ergebnis Erwartungen übertroffen!
- SVP Kanton Bern noch klarer stärkste Partei
- Frauenanteil in der Fraktion deutlich gesteigert
- Wahlziel Regierungsrat nicht vollumfänglich erreicht
- Strategie war richtig

Stadt und Agglo um Bern immer härteres Pflaster für die Bürgerlichen!

Wahlkreis	2018		2022		2026	
	Wähleranteil	Wahlbeteiligung	Wähleranteil	Wahlbeteiligung	Wähleranteil	Wahlbeteiligung
Jura bernois	29.1	30.2	30.8	30.3	34.2	28.3
Biel-Seeland	24.8	26.8	23.9	28.0	29.9	29.5
Oberraargau	31.1	27.7	33.8	28.1	38.0	29.5
Emmental	35.5	29.2	34.5	30.7	38.5	32.8
Mittelland Nord	22.9	32.3	20.6	33.7	23.9	35.8
Bern	9.3	35.6	8.3	37.2	8.0	42.3
Mittelland Süd	26.7	30.3	26.8	32.7	30.8	36.1
Thun	32.4	28.6	27.7	30.9	33.1	32.8
Oberland	39.4	33.7	39.6	34.6	43.7	37.9

Rekordwähleranteil für die SVP!

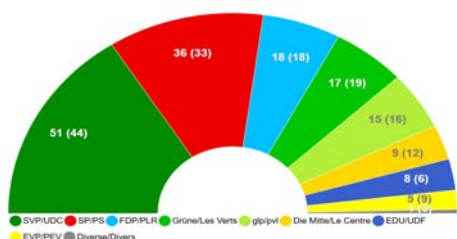
Partei	2006	2010	2011	2014	2015	2018	2019	2022	2023	2026
SVP	27.4	26.6	29.0	29.0	33.1	26.7	30.1	25.8	30.9	29.31
SP	24.0	18.9	19.3	19.1	19.7	22.2	16.7	18.9	20.6	21.1
BDP/Mitte	-	16.0	14.9	11.2	11.8	9.0	8.0	7.4	8.1	6.5
FDP	16.4	10.3	8.7	10.7	9.3	11.6	8.4	11.3	7.5	10.3
Grüne Parteien	12.9	10.1	9.4	9.8	8.5	9.9	14.2	12.7	10.8	10.8
glp	-	4.1	5.3	6.7	6.0	6.9	9.7	9.8	10.6	8.7
EVP	7.3	5.9	4.2	6.4	4.3	6.2	4.2	5.6	4.3	5.1
EDU	4.8	4.4	3.1	4.1	2.8	3.6	2.5	4.0	4.0	4.8

Weniger Restmandate der SVP

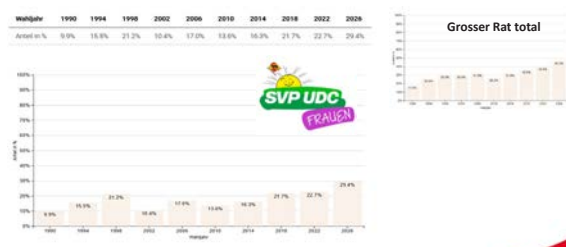
Wahlkreis	2026		2022	
	Sitze	Restmandate	Sitze	Restmandate
Jura bernois	4	1 (an LV Grüne-SP)	4	1 (an LV SVP-FDP)
Biel-Seeland	8	1 (an LV Grüne-SP)	7	2 (1. an LV EVP-EDU-glp, 2. an LV SVP-SD)
Oberraargau	5	1 (an LV SVP-EDU-Muskettiere-Aufrecht!)	5	1 (an LV Mitte-EDU-SVP-FDP, ULO, DM)
Emmental	7	1 (an LV EVP-EDU-glp)	6	1 (an LV FDP-Mitte-SVP)
Mittelland Nord	6	-	5	1 (an LV SVP-FDP)
Bern	2	1 (an LV Mitte-FDP-machenBE, 2. an LV SP-Grüne-AL-TIF-Vot)	1	1 (an LV Grüne-SP-AL)
Mittelland Süd	7	1 (an LV EVP-Mitte-glp-PPS)	6	1 (an LV SVP-FDP)
Thun	6	1 (an SVP)	4	2 (1. an LV EVP-EDU-glp-Mitte, 2. an LV Grüne-SP)
Oberland	7	1 (an FDP)	6	-

Mehrheiten im Grossen Rat (theoretisch) weniger knapp

Sitzverteilung 2026 (Sitze 2022)



Frauenanteil auch bei der SVP gestiegen (9→15)



Herzliche Gratulation, Pierre Alain Schnegg und Raphael Lanz!

Mit der Wiederwahl von Pierre Alain Schnegg und der glanzvollen Neuwahl von Raphael Lanz konnten die SVP-Vertretung und die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat bestätigt werden. Die Übermacht der links-grünen Stadt Bern verhinderte indes knapp den Einzug von Daniel Bichsel in die kantonale Exekutive.

Zum dritten Mal haben die Bernerinnen und Berner **Pierre Alain Schnegg** im Amt bestätigt, und dies trotz erneutem starkem Gegenwind und persönlichen Angriffen von links-grün und von Teilen der Medien. Sein bernjurassischer Gegenkandidat, alt Grossratspräsident Hervé Gullotti, war chancenlos. Die Wiederwahl von Pierre Alain Schnegg ist eine grosse Anerkennung für sein engagiertes und seriöses Wirken in der herausfordernden Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion, welche er seit 2016 leitet und dabei auch vor unbequemen, aber notwendigen Entscheidungen nicht zurückschreckt.



Wermutstropfen

Die SVP Kanton Bern gratuliert Pierre Alain Schnegg und Raphael Lanz herzlich zur Wahl. Ein grosses Dankeschön gebührt zudem dem fünften bürgerlichen Regierungskandidaten Daniel Bichsel für seinen engagierten Wahlkampf zugunsten des bürgerlichen Tickets. Seine Nichtwahl trotz Exekutiverfahrung als erfolgreicher Gemeindepräsident von Zollikofen und überparteilicher Akzeptanz als Präsident des Verbands Bernischer Gemeinden ist der Wermutstropfen der Regierungsratswahlen 2026. Daniel Bichsel lieferte sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit seinem SP-Herausforderer und hatte bis nach der Auszählung von neun der zehn Verwaltungskreise noch die Nase vorne. Schliesslich machte die linksdominierte Stadt Bern den Unterschied und die Wahl gelang wegen lediglich 6900 Stimmen nicht. Das Ziel der Bürgerlichen, die Mehrheit im Regierungsrat auszubauen und dadurch längerfristig zu sichern, wurde somit verfehlt – wenn auch nur äusserst knapp.



Ein Grosse Erfolg gelang dem Neugewählten **Raphael Lanz**: Der Thuner Stadtpräsident und langjährige Grossrat erreichte gleich das viertbeste Resultat aller Gewählten. Die Bernerinnen und Berner honorierten sein Wirken in der Thuner Regierung und zeigten deutlich, dass sie Raphael Lanz ein Exekutivamt auch auf kantonaler Stufe zutrauen. Raphael Lanz übernimmt die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion und wird damit den Wirtschaftsstandort Kanton Bern ebenso vorwärtsbringen, wie ihm dies bereits in der Stadt Thun gelungen ist.



Resultate Regierungsratswahlen

Verwaltungskreis	Janet Bächtli	Uli Allemann	Hélène Müller	Raphael Lanz	Pierre Alain Schnegg	Alain Tschopp	René Müller	Daniel Bichsel	Nicolas Gullotti	Stefan Vogel	Barbara Steiner-Ryan	Manuel Amadi	Dirk Gerber	Stefanie Harbison	James Lüscher	Janet Amadi
	SVP	SP	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS	PS
Berner Jura	444	387	402	320	363	276	270	318	408	960	872	610	986	453	465	311
Bern-Mittelland	57'020	66'919	47'005	37'844	38'256	56'308	53'434	53'916	49'400	37'527	107'600	13'148	107'724	11'950	58'979	9'010
Biel/Bienne	8205	9905	7042	5405	6'856	7541	7596	4854	7902	4773	3152	2047	1881	1436	933	138
Emmental	15'267	16'616	13'420	12'130	12'807	7841	7931	11'061	5932	6242	4794	5200	3779	9674	2960	1252
Fribourg/Midiromandie	7867	4548	7244	8217	9920	2863	2623	1673	2274	2659	2855	2875	1839	638	1613	522
Interlaken/Oberrhein	6501	4882	3998	6158	5500	3270	2780	4167	2213	2700	1319	2932	1078	580	656	456
Ob- und Nidwalgau	10'150	7524	9380	8900	8710	5251	7577	7393	3955	4030	2910	2964	2164	980	1740	718
Ob- und Nidwalgau	3207	1412	3098	3220	2445	746	681	2607	521	856	532	1108	523	133	308	86
Solothurn	10'712	7701	8734	8531	9251	5416	5153	6098	4429	4898	4885	3881	2084	1230	1461	848
Thun	21489	12'181	13'170	10'283	12'658	6273	6280	10'272	7155	7728	1881	5772	3867	1613	2161	1039
Total	158'872	129'824	129'623	109'078	106'022	101'811	99'901	82'421	87'966	72'823	40'857	40'089	30'180	18'953	12'982	15'244





Andreas Schlecht
1966, Mühleberg
Unternehmensleiter /
Immobilientreuhänder



Kurt Wenger
1953, Meikirch
Unternehmer,
Mandatsleiter



Jann Fritz Bangerter
1992, Bern
Arzt / Landwirt



Nadja Günthör
1965, Erlach
Dipl. Personal Coach /
Ausbildnerin



Ursula Jakob-Schmid
1974, Ins
Unternehmerin /
Bäuerin



Mathias Müller
1970, Orvin
Berufsoffizier / lic. phil.



Daniel Schlunegger
1990, Büren an der
Aare
Unternehmer / Dr. phil.



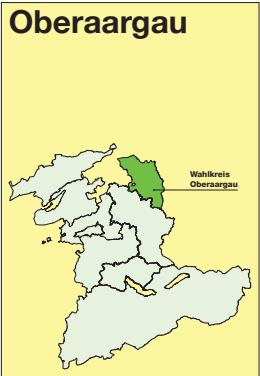
Sandra Schneider Herzig
1991, Biel
Kauffrau EFZ



Hans Schori
1961, Wiler b. Seedorf
Berufsoffizier /
Ing. Agr. FH



Adrian Spahr
1994, Lengnau BE
Polizist mit eidg.
Fachausweis / Vize-
Gemeindepräsident



Beat Bösiger
1970, Niederbipp
Gemüseproduzent/
Unternehmer



Patrick Freudiger
1984, Langenthal
Selbständiger Rechts-
anwalt; Dr. iur;
Gemeinderat



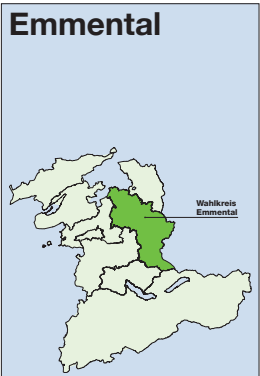
Martin Lerch
1955, Langenthal
Rechtsanwalt,
Gemeinderat



Samuel Leuenberger
1962, Bannwil
Landwirt, Unterneh-
mer



Andreas Schüpbach
1958, Huttwil
Gastwirt und
Landwirt



Rudolf Fischer
1968, Bätterkinden
Meisterlandwirt



Ueli Gfeller
1962, Schangnau
Landwirt



Andrea Gschwend-Pieren
1978, Kaltacker
Betriebswirtschafterin
lic.oec. HSG, Unternehmerin



Ernst Kühni
1966, Oberfrittenbach
Unternehmer



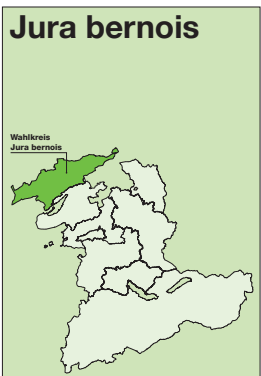
Roland Ryser
1967, Affoltern im
Emmental
Landwirt



Rudolf Sommer
1971, Wynigen
Landwirt



Walter Sutter
1961, Langnau
eidg. dipl. Landwirt



Markus Gerber
1972, Bellelay
Maître Agriculteur,
Maire



Anne-Caroline Graber
1976, La Neuveville
Dr ès sciences
politiques



Maxime Ochsenbein
1991, Bévillard
Educateur



Patrick Tobler
1984, Crémines
Polymécanicien ES

Herzlichen Dank, Christoph Neuhaus

Christoph Neuhaus setzte sich während Jahrzehnten für einen prosperierenden Kanton Bern ein. Was mit der Kommissionsarbeit in seiner Heimatgemeinde Arch begann, setzte sich fort als Parteisekretär der SVP Kanton Bern, dann als Belper Gemeinderat und fast Gemeindepräsident und gipfelte schliesslich im Amt als Regierungsrat. Besonders wichtig waren ihm dabei insbesondere die Effizienz und gesunde Finanzen. Und tief im Innern liegt ihm vor Allem die Natur am Herzen.

Ein Netzwerker

Wer kennt Christoph Neuhaus nicht? Und er kennt alle. Sein ausgezeichnetes Gedächtnis für Menschen und deren Hintergründe prägen die Begegnungen mit ihm. Er kennt Hintergründe und Werdegänge und das macht ihm zu einem der bestvernetzten Politiker im Kanton Bern. SVP-Parteipräsident und Nationalrat Manfred Bühler erinnert gut an die Zeit, als er als Praktikant bei Parteisekretär Christoph Neuhaus angestellt war. «Wer kann schon von sich behaupten, dass er einen von einem späteren Regierungsrat unterzeichneten Praktikumsvertrag und ein Arbeitszeugnis zu Hause hat.»



Heimatverbunden

Der Kanton stand bei allen Tätigkeiten von Christoph Neuhaus stets an erster Stelle. So setzte er sich auch für die Verwaltungsreform ein, damit der Kanton effizienter arbeiten kann. Als er 2008 in den Regierungsrat gewählt wurde, war es ihm zuerst als Vorsteher der Direktion für Inneres und Justiz und ab 2018 als Bauvorsteher ein wichtiges Anliegen, Altlasten aus früheren Zeiten aufzuräumen. Dabei gab es viel zu tun.

Linke Altlasten aufgeräumt

Die überdimensionierten linken Ideen und damit verbundenen Fehlplanungen der 20 Jahre dauernden rot-grünen Direktions-Leitung hatten Spuren hinterlassen, vom Mitholztunnel über das Frauenspital bis hin zum Campus Biel. Das alles hatte den Kanton viele Millionen gekostet und mit dem Wechsel der Direktion zu Regierungsrat Neuhaus wurden ein Neuanfang eingeleitet und weitere Mängel an den Tag gebracht. Regierungsrat Neuhaus setzte konsequenterweise auch neue Führungskräfte ein.



Weltoffen

Der heimatverbundene Berner reist aber auch gerne. Er hat schon viele ferne Länder erkundet und lernte auf einer Reise nach Jordanien dann auch seine Frau Julia kennen und gründete mit ihr eine Familie. Gerne entspannt er sich beim Versorgen der Tiere auf dem Hof in Kaufdorf.



Die SVP Kanton Bern dankt Christoph Neuhaus für den langjährigen Einsatz und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute und genussreiche Stunden im Kreis seiner Lieben. Für Proviant sollte nun einen Moment lang gesorgt sein.



Einige Stationen in Christoph Neuhaus Laufbahn

- Regierungsrat seit 2008
- Vorsteher BVD 2018-2026
- Vorsteher DIJ 2008-2018
- 2006 – 2008 Kommunikationschef EURO 2008 des Bundes
- 2001 – 2006 Partei- und Fraktionssekretär SVP Kanton Bern
- 2005 – 2008 Gemeinderatsvizepräsident Belp
- 2005 – 2008 Verwaltungskommission Spital und Altersheim Belp
- 2000 – 2005 Schulkommission Bernische Maturitätsschule für Erwachsene
- 2000 – 2001 Leiter Abteilung Wirtschaft und Kommunikation der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern
- 1998 – 2000 Wirtschaftsredaktor Der Bund Verlag AG
- 1992 – 1998 Freier Journalist bei NZZ, Berner Zeitung, Bieler Tagblatt
- Handelslehrer (1992 – 1995 Städtisches Wirtschaftsgymnasium Bern-Kirchenfeld, 1995 – 2000 Wirtschaftsgymnasium Köniz, 1997 – 2000 Bernische Maturitätsschule für Erwachsene)
- 1985 – 1991 Finanzkommission Arch

NEIN zum Millionen-Projekt «Kunstmuseum Bern»

14'252 Unterschriften hat ein überparteiliches Komitee innert 3 Monaten gegen das Millionenprojekt Kunstmuseum Bern gesammelt. Nötig wären 10'000 Unterschriften, was zeigt, dass breite Kreise die Kritik gegen das überbeuerte Projekt teilen.



Das Nein-Komitee aus Vertreterinnen und Vertretern der SVP, FDP, GLP, Mitte und EDU kritisiert insbesondere die hohen Kosten, die unklaren finanziellen Perspektiven sowie die verkehrspolitischen Folgen des Projekts. Aus Sicht des Komitees ist das geplante Bauvorhaben überdimensioniert und mit erheblichen Risiken verbunden. Gleichzeitig seien zentrale Fragen zur Finanzierung noch nicht geklärt. Zudem drohten verkehrliche Einschränkungen im Umfeld des Museums, deren Auswirkungen

gen auf Wirtschaft und Bevölkerung zu wenig berücksichtigt würden.

Kunst soll unter die Menschen – nicht in teure Prestigeprojekte

Beim Projekt «Eiger» wurden primär Architekten und nicht Kunstschaffende einbezogen. Das Projekt wirkt austauschbar und wenig inspirierend. Es ist «langweilig» und erinnert stark an bestehende Projekte, etwa an das Museumskonzept der Fondation Beyeler in Basel. Kunst lebt von Menschen, Ideen, Bewegung, nicht von Beton, Glas und repräsentativen Fassaden. Wer an Kultur glaubt, investiert in Künstlerinnen und Künstler, nicht in neue Steintempel.

gehend verkehrsberuhigt» werden soll. Genau dies bestätigt die Sorgen des Nein-Komitees. Die Interessen von Wirtschaft und Verkehr müssen zwingend stärker berücksichtigt werden.

Beispiel DISPO zeigt: Kultur funktioniert auch ohne Millionenbau

Der Veranstaltungsort der Medienkonferenz DISPO selbst zeigt als lebendige Kulturinstitution, dass kulturelle Angebote auch ohne riesige Neubauprojekte erfolgreich funktionieren können. Es steht beispielhaft für eine Kulturpolitik, die auf Kreativität und Nutzung bestehender Infrastruktur setzt anstatt auf kostenintensive Neubauten.

Stimmvolk soll das letzte Wort haben

Zu beachten ist auch die demokratische Dimension der Abstimmung. Gerade weil die rechtlichen Grundlagen Spielraum lassen und eine vollständige Mitfinanzierung nicht gesichert ist, ist es richtig und wichtig, dass das Stimmvolk über dieses Projekt entscheiden kann. Es geht nicht um ein Ja oder Nein zur Kunst. Vielmehr geht es um Augenmass, klare Prioritäten und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Offene Finanzierungsfragen bleiben bestehen


Gemäss Angaben auf der Website des Kunstmuseums Bern Stand März 2026 fehlen weiterhin rund 11 Millionen Franken an gesicherten Mitteln. Zudem sind weitere Kosten absehbar, etwa im Zusammenhang mit der Abgrenzung zur benachbarten Polizeiwache. Diese Kosten sind bislang nicht im Projekt enthalten, was zusätzliche finanzielle Risiken mit sich bringt.

Mehrjährige Schliessung droht auch bei Umsetzung des Projekts

Überraschend ist schliesslich die Darstellung, wonach eine Ablehnung des Kredits zu einer teilweisen Schliessung des

Verkehrliche Auswirkungen dürfen nicht unterschätzt werden

Insbesondere die drohende Schliessung beziehungsweise starke Verkehrsberuhigung der Hodlerstrasse ist weiterhin nicht vom Tisch. Entscheidend ist dabei, dass die geplanten Verkehrsänderungen keine Erfindung der Gegnerinnen und Gegner sind. Vielmehr hält selbst das Befürworter-Komitee fest, dass die Hodlerstrasse «weit-

 Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra	
<h1>MUSTER</h1>	
Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026	
Projektierungskredit für das Kunstmuseum Bern (Sanierung und Ersatzneubau):	Antwort <input type="checkbox"/> JA <input checked="" type="checkbox"/> NEIN

Parole der DV SVP BE: **Nein**
 (grossmehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen)



Kunstmuseums führen würde. Tatsache ist vielmehr, dass gemäss Angaben des Regierungsrates bei einer Umsetzung des Projekts «Eiger» das Kunstmuseum von 2029 bis 2033, also während rund vier Jahren, vollständig geschlossen wäre.

Finanzierung des Komitees erfolgt transparent

Das Nein-Komitee finanziert seine Aktivitäten über Beiträge der Komiteemitglieder und der beteiligten Parteien sowie über ein Crowdfunding. Ziel sei es, rund 30'000 Franken zu sammeln.

Vor diesem Hintergrund ist das Komitee erstaunt darüber, dass das Pro-Komitee

gemäss eigenen Angaben bis zu 500'000 Franken für den Abstimmungskampf einsetzen will. Aus Sicht des Nein-Komitees wäre dieses Geld besser direkt in kulturelle Angebote investiert.

Samuel Krähenbühl

**Einzahlungsschein
beiliegend – herzlichen
Dank für Ihre
Unterstützung!**

NON au projet de plusieurs millions de francs « Musée des Beaux-Arts de Berne »

En l'espace de trois mois, un comité multipartite a recueilli 14 252 signatures contre le projet de plusieurs millions de francs du Musée des Beaux-Arts de Berne. Il fallait 10 000 signatures, ce qui montre que de nombreux citoyens partagent les critiques formulées à l'encontre de ce projet hors de prix.

Le comité du « non », composé de représentants de l'UDC, du PLR, du PVL, du Centre et de l'UDF, critique en particulier les coûts élevés, les perspectives financières floues ainsi que les conséquences du projet sur la politique des transports. Du point de vue du comité, le projet de construction prévu est surdimensionné et comporte des risques considérables. Parallèlement, des questions centrales concernant le financement ne sont pas encore clarifiées. De plus, des restrictions de circulation menacent aux abords du musée, dont les répercussions sur l'économie et la population ne seraient pas suffisamment prises en compte.

L'art doit aller vers les gens – et non se perdre dans des projets de prestige coûteux

Le projet « Eiger » a principalement fait appel à des architectes et non à des artistes. Le projet semble interchangeable et peu inspirant. Il est « ennuyeux » et rappelle fortement des projets existants, comme le concept muséal de la Fondation Beyeler à Bâle. L'art vit des gens, des idées, du mouvement, pas du béton, du verre et des façades prestigieuses. Ceux qui croient en la culture investissent dans les artistes, pas dans de nouveaux temples de pierre.

Des questions de financement restent en suspens

Selon les informations figurant sur le site web du Musée des Beaux-Arts de Berne en mars 2026, il manque encore environ 11 millions de francs de fonds garantis. De plus, d'autres coûts sont prévisibles, notamment en lien avec la délimitation par rapport au poste de police voisin. Ces coûts ne sont pour l'instant pas inclus dans le projet, ce qui entraîne des risques financiers supplémentaires.

Les répercussions sur la circulation ne doivent pas être sous-estimées

En particulier, la menace de fermeture ou de forte modération du trafic sur la Hodlerstrasse n'est toujours pas écartée. Il est essentiel de noter que les modifications de circulation prévues ne sont pas une invention des opposants. Au contraire, le comité des partisans lui-même constate que la Hodlerstrasse doit être « largement modérée ». C'est précisément ce qui confirme les inquiétudes du comité du « non ». Les intérêts de l'économie et des transports doivent impérativement être davantage pris en compte.

L'exemple de DISPO le montre : la culture peut s'épanouir même sans chantiers de plusieurs millions

Le lieu même où se tient la conférence de presse DISPO, en tant qu'institution culturelle vivante, démontre que l'offre culturelle peut prospérer même sans gigantesques projets de construction. Il incarne une politique culturelle qui mise sur la créativité et l'utilisation des infrastructures existantes plutôt que sur des constructions neuves coûteuses.

Le peuple doit avoir le dernier mot

Il convient également de noter la dimension démocratique du vote. C'est précisément parce que les bases légales laissent une marge de manœuvre et qu'un cofinancement complet n'est pas garanti qu'il est juste et important que le peuple puisse se prononcer sur ce projet. Il ne s'agit pas de dire oui ou non à l'art. Il s'agit plutôt de faire preuve de discernement, de définir des priorités claires et de gérer de manière responsable l'argent des contribuables.

Une fermeture de plusieurs années menace même en cas de mise en œuvre du projet

Enfin, l'affirmation selon laquelle un rejet du crédit entraînerait une fermeture partielle du musée d'art est surprenante. En réalité, selon les informations fournies par le Conseil d'État, si le projet « Eiger » était mis en œuvre, le musée d'art serait entièrement fermé de 2029 à 2033, soit pendant environ quatre ans.

Le financement du comité est transparent

Le comité du « non » finance ses activités grâce aux cotisations de ses membres et des partis participants, ainsi qu'à un financement participatif. L'objectif est de récolter environ 30 000 francs.

Dans ce contexte, le comité « Non » s'étonne que le comité « Oui » ait annoncé vouloir consacrer jusqu'à 500 000 francs à la campagne référendaire. Du point de vue du comité « Non », cet argent serait mieux investi directement dans des offres culturelles.

«Keine 10-Millionen-Schweiz!» – JA zur Nachhaltigkeits-Initiative

Die massiven negativen Folgen der Einwanderung sind im ganzen Land spürbar. Ein Ja zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ist dringend notwendig.

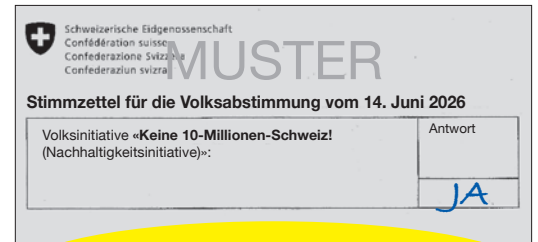


Innert 25 Jahren wuchs die Schweiz um rund zwei Millionen Menschen. Das Gros kam via EU-Personenfreizügigkeit und via Asylschiene. Die negativen Folgen sind unübersehbar:

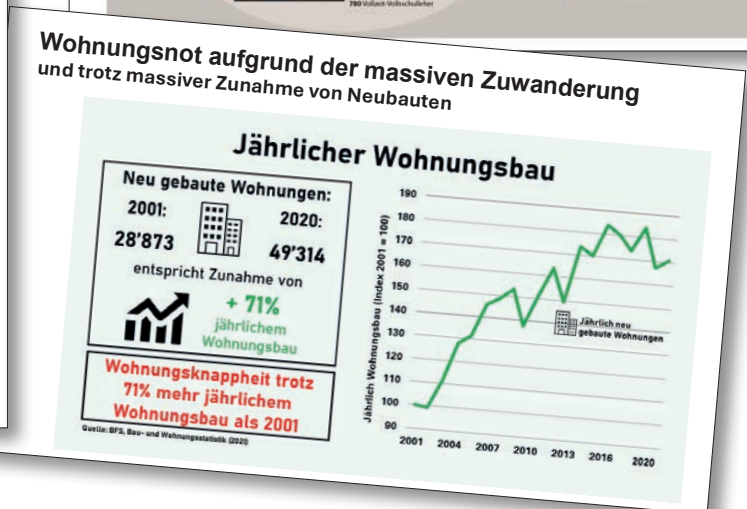
- Unsere Infrastruktur ist überlastet. Strassen und Züge sind übervoll.
- Grünflächen werden zunehmend zubetoniert. Mieten schnellen in die Höhe.
- Die Schweizer Identität ist gefährdet, unser Schulsystem ist überfordert.
- Der Arbeitsmarkt setzt auf Billiglöhner aus dem Ausland. Trotz Fachkräftemangel haben es besonders erfahrene Leute

im Alter 50+ immer schwerer, eine neue Stelle zu finden.

- Wir importieren Kriminalität. Mehr als die Hälfte aller Straftaten werden von Ausländern begangen.
- Wir importieren Sozialfälle. EU-Zuwanderer profitieren vom Familiennachzug, selbst wenn sie nicht für ihre Familienmitglieder sorgen können. Sie beziehen Sozialhilfe, wir bezahlen.



Parole der DV SVP BE: **Ja** (einstimmig bei 1 Enthaltung)



Auch der Fachkräfte-Mangel wird nicht kleiner. Im Gegenteil: Von zehn Personen, die einwandern, arbeitet die Hälfte nicht. Weitere vier Personen arbeiten in Branchen, die heute schon überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen ausweisen. Nur gerade einer von zehn ist eine echte Fachkraft.

Diese Rechnung kann nicht aufgehen! **Es braucht endlich eine Migrationspolitik, welche Qualität vor Quantität stellt.** Sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug. Die Initiative setzt dort an, wo die negativen Folgen offensichtlich sind. Echte Fachkräfte können weiterhin in unser Land kommen.

Die ungebremste Zuwanderung von Gruppen, die nur Kosten verursachen, muss gestoppt werden. Damit würde auch der milliardenteuren Asyl- und Sozialindustrie einen Riegel geschoben. Das ist der Grund, warum sich die anderen Parteien gegen die Initiative aus-

! FAKE NEWS

Behauptet wird:
Es kommen vor allem Fachkräfte in unser Land, ohne die wir nicht leben könnten.

Behauptet wird:
Wir brauchen die Zuwanderung, um unseren Wohlstand zu sichern!

Richtig ist:
Nur 5 von 10 Eingewanderten* arbeiten überhaupt.

Von 10 Zugewanderten arbeitet 1 Person als Fachkraft in einer Branche, in der wir zu wenige inländische Fachkräfte haben.

9 von 10 arbeiten gar nicht oder arbeiten in Bereichen, in denen wir genügend Arbeitskräfte haben!

Dafür belasten sie unsere Infrastruktur und brauchen selber wieder Fachkräfte für ihre Versorgung!

1 von 10

Fachkraft

Nur 1 (!) von 10 Eingewanderten arbeitet effektiv als Fachkraft in Bereichen, in denen wir Arbeitskräfte aus dem Ausland brauchen.

5 von 10

Fachkraft Erwerb Erwerb Erwerb Erwerb ohne Job ohne Job ohne Job ohne Job ohne Job

4 von 10 Eingewanderten arbeiten in Branchen, in denen wir in unserem Land bereits eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit haben.

5 von 10 Eingewanderten arbeiten gar nicht und landen direkt auf Kosten von uns Steuerzahlern in unseren attraktiven Arbeitslosen- und Sozialversicherungen

Quelle: Jahresstatistik SEM 2025, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung im 4. Quartal 2025; Arbeitsangebot (BFS), The Adecco Group; Fachkräftemangel Index Schweiz 2025

* EU/EFTA, Drittstaaten, Asyl

Richtig ist:
Bis zum Jahr 2001 haben wir die Zuwanderung in unser Land noch selber kontrolliert und bestimmt. Wenn wir Arbeitskräfte aus dem Ausland gebraucht haben, haben wir entsprechende Einwanderungs-Kontingente freigegeben. Die Folge: In dieser Zeit stieg das Wirtschaftswachstum in unserem Land pro Kopf, real (Bruttoinlandprodukt BIP) jährlich um 1,83 % an!

Im Jahr 2002 haben wir die teilweise Personenfreizügigkeit (PFZ) mit der EU eingeführt. Ab 2007 dann die volle Personenfreizügigkeit. Die Folge: Das Wirtschaftswachstum pro Kopf, real (BIP), ist massiv auf 0,60 % pro Jahr gesunken.

Fazit: Die unkontrollierte Zuwanderung in unser Land macht uns alle ärmer!

Jährliches Wohlstands-Wachstum (BIP pro Kopf, real)

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung | Daten für 2024: SECO | Wachstum berücksichtigt Zinsszins (CAGR)

sprechen. Sie sprechen von einer «Chaos-Initiative» – dabei herrscht das Chaos heute. Sie ignorieren die Probleme komplett.

Zu viel ist zu viel. Und genau deshalb braucht es ein deutliches Ja zur Nachhaltigkeits-Initiative!

Erich Hess, Nationalrat, Bern

« Pas de Suisse à 10 millions ! » – OUI à l'initiative pour la durabilité

Les conséquences négatives considérables de l'immigration se font sentir dans tout le pays. Il est urgent de voter « oui » à l'initiative « Pas de Suisse à 10 millions ! ».

En l'espace de 25 ans, la population suisse a augmenté d'environ deux millions de personnes. La plupart sont arrivées dans le cadre de la libre circulation des personnes avec l'UE et par la voie de l'asile. Les conséquences négatives sont évidentes :

- Nos infrastructures sont surchargées. Les routes et les trains sont bondés.
- Les espaces verts sont de plus en plus bétonnés. Les loyers montent en flèche.
- L'identité suisse est menacée, notre système scolaire est débordé.
- Le marché du travail mise sur la main-d'œuvre étrangère à bas salaire. Malgré la pénurie de main-d'œuvre qualifiée, les personnes expérimentées âgées de

plus de 50 ans ont de plus en plus de mal à trouver un nouvel emploi.

- Nous importons la criminalité. Plus de la moitié des infractions pénales sont commises par des étrangers.
- Nous importons des cas sociaux. Les immigrants de l'UE bénéficient du regroupement familial, même s'ils ne peuvent pas subvenir aux besoins des membres de leur famille. Ils perçoivent l'aide sociale, c'est nous qui payons.

La pénurie de main-d'œuvre qualifiée ne diminue pas non plus. Au contraire : sur dix personnes qui immigrer, la moitié ne travaille pas. Quatre autres travaillent dans des secteurs qui affichent déjà aujourd'hui des taux de chômage supérieurs à la moyenne. Seule une personne sur dix est véritablement qualifiée.

Ce calcul ne tient pas la route ! Il faut enfin une politique migratoire qui privilégie la qualité à la quantité. Dès que la population

résidente permanente dépassera 9,5 millions d'habitants, le Conseil fédéral devra prendre des mesures, notamment dans le domaine de l'asile et du regroupement familial. L'initiative intervient là où les conséquences négatives sont évidentes. Les véritables travailleurs qualifiés pourront continuer à venir dans notre pays.

Il faut mettre un terme à l'immigration effrénée de groupes qui ne font qu'engendrer des coûts. Cela mettrait également un terme à l'industrie de l'asile et de l'aide sociale, qui coûte des milliards. C'est la raison pour laquelle les autres partis s'opposent à l'initiative. Ils parlent d'une « initiative du chaos » – alors que le chaos règne déjà aujourd'hui. Ils ignorent complètement les problèmes.

Trop, c'est trop. Et c'est précisément pour cela qu'il faut voter clairement « oui » à l'initiative pour la durabilité !

Revision des Zivildienstgesetzes – sicherheitspolitisch überfällig

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den letzten Jahren spürbar verschlechtert. Gerade für die Schweiz bedeutet dies, dass eine einsatzfähige Armee und ein funktionierender Zivilschutz zentral für die Sicherheit und Krisenbewältigung sind. Um diese Strukturen langfristig zu sichern, ist eine Revision des Zivildienstgesetzes dringend notwendig.



Bereits heute zeigen sich deutliche personelle Engpässe: Die Armee erreicht ihre Soll- und Ist-Bestände ab 2030 nicht mehr. Gleichzeitig fehlt es an Fachpersonal wie

Medizinern, Fahrern oder Köchen. Auch der Zivilschutz ist betroffen und liegt deutlich unter dem Sollbestand. Diese Entwicklung gefährdet die Einsatzbereitschaft beider Organisationen.

Ein wesentlicher Grund dafür ist die heutige Ausgestaltung des Zivildienstes. Seit 2009 genügt eine einfache Erklärung, um vom Militär- in den Zivildienst zu wechseln. Dadurch wählen jährlich über 7'000 Personen diesen Weg – weit mehr als die ursprünglich vorgesehenen 2'500. De facto entstand damit eine Wahlfreiheit, obwohl die Wehrpflicht in der Bundesverfassung klar verankert ist. Besonders problematisch ist, dass auch ausgebildete Kader und Spezialisten

die Armee verlassen. Gleichzeitig sind viele Zivildiensteinsätze wenig sinnvoll organisiert.

Stärkung der Wehrgerechtigkeit

Die Revision des Zivildienstgesetzes setzt hier an. Sie soll den ursprünglichen Grundsatz wiederherstellen: Der Zivildienst soll ein Ersatz für Personen mit echten Gewissenskonflikten sein – nicht eine gleichwertige Alternative. Damit soll die Wehrgerechtigkeit gestärkt und die personelle Stabilität von Armee und Zivilschutz gesichert werden.

Kern der Reform sind sechs Massnahmen, die insbesondere späte Wechsel unattraktiver machen. Dazu gehören eine Mindestanzahl von 150 Diensttagen im Zivildienst, strengere Regeln für Kader und eine jährliche Dienstplicht. Ein Wechsel nach vollständig geleistetem Militärdienst soll künftig nicht mehr möglich sein.

Der Zivildienst muss wieder zur Ausnahme werden, um die Funktionsfähigkeit von Armee und Zivilschutz zu gewährleisten.



Dies entspricht dem verfassungsmässigen Auftrag: Es gibt keine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. Die Revision stärkt die Sicherheit und Handlungsfähigkeit der Schweiz nachhaltig.

Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi



Parole der DV SVP BE: Ja
(einstimmig bei 1 Enthaltung)

Révision de la loi sur le service civil – une mesure attendue depuis longtemps

La situation en matière de politique de sécurité en Europe s'est sensiblement détériorée. Une armée opérationnelle et une protection civile efficace sont essentielles pour la sécurité et la gestion des crises. Afin de garantir ces structures à long terme, une révision de la loi sur le service civil s'impose de toute urgence.

On constate déjà d'importantes pénuries de personnel : à partir de 2030, l'armée ne devrait plus atteindre ses effectifs. La protection civile est également touchée et est nettement en deçà de l'effectif prévu. Cette évolution met en péril la capacité d'intervention des deux organisations. Cela s'explique en grande partie par l'organisation actuelle du service civil. Depuis 2009, une simple déclaration suffit pour

passer du service militaire au service civil. Plus de 7 000 personnes par an choisissent cette voie, soit bien plus que les 2 500 initialement prévues. De facto, une liberté de choix s'est ainsi instaurée, bien que le service militaire obligatoire soit clairement ancré dans la Constitution fédérale. Le fait que des cadres et des spécialistes qualifiés quittent également l'armée est particulièrement problématique.

Renforcement de l'équité en matière de service

C'est là qu'intervient la révision de la loi sur le service civil. Elle vise à rétablir le principe initial : le service civil doit être une solution de remplacement pour les personnes confrontées à de réels conflits de conscience – et non une alternative équivalente. Cela permettra de renforcer

l'équité en matière de service et d'assurer la stabilité des effectifs de l'armée et de la protection civile.

Au cœur de la réforme figurent six mesures visant notamment à rendre moins attrayant le passage tardif au service civil. Parmi celles-ci figurent un nombre minimum de 150 jours de service civil, des règles plus strictes pour les cadres et une obligation de service annuel.

Le service civil doit redevenir l'exception afin de garantir le bon fonctionnement de l'armée et de la protection civile. Cela correspond au mandat constitutionnel : il n'y a pas de libre choix entre le service militaire et le service civil. La révision renforce durablement la sécurité et la capacité d'action de la Suisse.

Erfolg durch bürgerliche Substanz: Die SVP Frauen prägen den Wahlerfolg 2026 mit

Die Grossratswahlen vom 29. März 2026 sind für die SVP Kanton Bern ein grosser Erfolg. Mit 51 Sitzen (+7 Sitze) baut die SVP ihre Kraft im Grossen Rat aus. Dieses Resultat ist ein deutlicher Auftrag für eine verlässliche, bürgerliche Politik mit Augenmass, Verantwortung und Nähe zur Bevölkerung.

Besonders erfreulich ist, dass die SVP Frauen zu diesem Wahlerfolg einen starken und sichtbaren Beitrag geleistet haben. Die Fraktion zählt neu 15 Grossrätinnen! Unsere Frauen übernehmen innerhalb der Partei eine wichtige sachpolitische Rolle. Sie engagieren sich in Gemeinden, Verbänden, Familien, Unternehmen und Behörden – bodenständig, lösungsorientiert und mit grossem Einsatz für unseren Kanton.



dentin – ein starkes Zeichen für Führungsstärke, Verlässlichkeit und bürgerliche Werte. Ein besonderes Ausrufezeichen setzte zudem unsere Parteivizepräsidentin **Nadja Günthör** mit dem kantonal zweitbesten Wahlergebnis. Dieses Resultat zeigt eindrücklich: Bürgerliche Politik von Frauen überzeugt.

sonderer Dank den 56 Kandidatinnen vom Berner Jura über den Oberaargau bis ins Berner Oberland für ihr grosses Engagement.

Die SVP Frauen Kanton Bern stehen für Politik mit Substanz. Wir setzen uns für gute Bildung, Sicherheit im Alltag, gesunde Finanzen und den Erhalt unserer Freiheit und Eigenverantwortung ein. Nicht Ideologie, sondern konkrete Lösungen stehen für uns im Mittelpunkt.

Hervorzuheben sind mehrere starke Resultate: Die Wiederwahl unserer Fraktionspräsidentin **Barbara Josi** bestätigt ihre kompetente und konsequente Arbeit im Grossen Rat. Ebenso freut uns die Wiederwahl von **Anne Speiser** als 1. Grossrats-Vizepräsidentin und künftige Grossratspräsi-

In der SVP wird Gleichstellung gelebt – im respektvollen Miteinander, auf Augenhöhe und durch echte Chancen für Frauen, die Verantwortung übernehmen wollen. Entscheidend sind Einsatz, Leistung und Kompetenz – nicht Quote oder Symbolpolitik. Genau deshalb prägen Frauen in der SVP die Politik nicht am Rand, sondern mitten in der Verantwortung und im Dienst der Anliegen der Bevölkerung. Deshalb gilt ein be-

Mit grosser Motivation blicken wir auf die kommende Legislatur. Gemeinsam werden wir die zentralen Themen weiterbearbeiten – für einen starken, erfolgreichen und bernstarken Kanton Bern.

*Daria Winkelmann-Rösti,
Präsidentin der SVP Frauen Kanton Bern*



**Herzliche
Gratulation
zur Wahl!**

BEA-Time


Christoph Neuhaus hatte einst als Parteisekretär die Idee: Die SVP betrieb als erste Partei an der BEA einen Stand! Anlass waren damals die Wahlen. Inzwischen ist die SVP jedes Jahr mit dabei und das Echo ist jedes Mal riesig. Auch in diesem Jahr verteilten wir 2000 Sälzli, ebenso viele Täfelchen und natürlich auch Fahnen «Bewahren, was wir lieben». Die Beteiligung beim Schätzwettbewerb war gross, und auch das eine oder andere Glas Wein aus dem Haus Riem & Daepf ging über die Theke.



Die effektive Zahl der Lego-Männli, die sich den engen Platz in der Röhre teilen mussten, ist 353. Die drei Gewinner erhalten ihren Preis zugeschickt.






Unterstützen Sie die Werte der SVP!
Mit einer Spende oder einem Legat!

Wussten Sie, dass Sie **Spenden** an die SVP von den Steuern abziehen können?

Und wussten Sie, dass Sie die SVP und ihre Werte auch nach Ihrem Tod unterstützen können, nämlich mit einem **Legat**?

Wenn Sie der SVP testamentarisch ein Legat in Form eines Geldbetrags oder eines Sachwerts hinterlassen, stellen Sie sicher, dass diejenigen Werte, die Ihnen im Leben wichtig waren, weiterleben werden.

Die SVP Kanton Bern dankt Ihnen – jetzt und in Zukunft!

Interessiert?
 Spendenkonto CH65 0900 0000 3000 2686 3
 Für ein Legat kontaktieren Sie uns via sekretariat@svp-bern.ch

Kantonale SVP-Aktualitäten online: Nutzen Sie unsere Kanäle!

Email-Newsletter
Scannen und abonnieren



WhatsApp-Channel
Scannen und abonnieren



Youtube-Shorts
Scannen und folgen



Folgen Sie uns auch auf Facebook, Instagram, X und LinkedIn!

Einladung zur Hauptversammlung 2026 der SVP Senioren Kanton Bern

Der Vorstand lädt alle SVP-Mitglieder und -Sympathisanten sowie weiteren Interessierte ein zur Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung 2026:

Dienstag, 19. Mai 2026 um 13.30 Uhr im Landgasthof Schönbühl, alte Bernstrasse 11, Urtenen-Schönbühl

Programm

13.30 Uhr: **Rückblick auf die kant. Wahlen 2026** durch **Nationalrat und Parteipräsident Manfred Bühler**

Traktanden:

Anschliessend Hauptversammlung

1. Protokoll der HV vom 13. Mai 2025
2. Jahresbericht 2025
3. Genehmigung der Jahresrechnung 2025
4. Festsetzung der Jahresbeiträge pro 2026
 - CHF 20.– für Einzelpersonen / CHF 30.– für Ehepaare
 - für Sympathisanten gleicher Beitrag auf freiwilliger Basis
5. Tätigkeitsprogramm 2026/27
6. Wahlen
 - a) Ersatzwahlen in Vorstand
 - b) Neuwahl Präsident / Präsidentin
7. Verschiedenes
 - Verabschiedung der abtretenden Vorstandsmitglieder

Anschliessend: Referat **Grossrat Dr. iur. Patrick Freudiger**,
Präsident der kantonalen Finanzkommission zum Thema
«**Wie wollen wir den Kanton Bern attraktiver machen?**»

ca. 15.30 Uhr: Zvieri und gemütliches Beisammensein (Zvieri-Teller: CHF 23.50)

Anmeldungen mit/ohne Zvieri möglichst bis Donnerstag, 14. Mai 2026 an den Präsidenten:
Ulrich Iseli, Zielackerstrasse 11, 4934 Madiswil, E-Mail: u.iseli@besonet.ch, Tel.: 079 644 79 16

